

18.22

**Abgeordneter Hannes Amesbauer, BA** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren! Auch ich werde mich mit dem Antrag der NEOS, von SPÖ und Liste Pilz unterstützt, betreffend „Sicherung von rechtsstaatlichen Asylverfahren in Bezug auf Afghanistan“ beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Ich muss sagen, als ich diesen Antrag gelesen habe, war ich etwas irritiert, und zwar, weil es Ihnen in Wahrheit darum geht, Rückführungen beziehungsweise Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen; so steht es auch in Ihrem Antragstext. Als Begründung führen Sie die Sicherheitslage in Afghanistan oder zumindest in Teilen Afghanistans an, so, wie es Frau Kollegin Krisper auch gemacht hat. Sie führen als Begründung auch den Sachverständigen an, wie Sie es in Ihrem Redebeitrag auch gemacht haben, dem Sie unterstellen, unsauber und unwissenschaftlich zu arbeiten beziehungsweise mangelnde Qualifikation vorzuweisen.

Frau Kollegin Kugler hat es angesprochen, Karl Mahringer ist ein Experte auf diesem Gebiet. Wenn Sie recherchiert hätten, wüssten Sie, dass dieser Herr in den Jahren 2009 bis 2014 selbst in Afghanistan gelebt hat, jetzt noch regelmäßig in Afghanistan vor Ort ist und auch regelmäßig jene Gebiete besucht, in die Abschiebungen vorgenommen werden. Mehr Kenntnis von der tatsächlichen Situation wird von uns hier und auch sonst in Österreich kaum jemand haben, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Abgesehen davon – und das ist eigentlich der Kern meiner Aussage zum Thema Sachverständiger – ist es nicht die Aufgabe von uns Abgeordneten, darüber zu urteilen, weil das Parlament, das wissen Sie genau, und auch die Bundesregierung nicht für die Auswahl eines Sachverständigen zuständig sind. Die Auswahl und Bestellung eines Sachverständigen in einem Gerichtsverfahren stellt einen Akt der unabhängigen Rechtsprechung dar, auf den weder die Regierung noch das Parlament Einfluss nehmen kann und darf. Es ist eine glatte Themenverfehlung, das in diesen Antrag zu packen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Scherak: ... im Ausschuss!)*

Es stellt sich die Frage: Worum geht es der Opposition eigentlich wirklich bei diesem Antrag? Was ist der Hintergedanke? – Ich mutmaße, dass es Ihnen darum geht – das ist auch der Kern Ihres Antrags –, dass Sie einfach Abschiebungen nach Afghanistan verhindern wollen. Da stellt sich die Frage: Warum wollen Sie diese Abschiebungen verhindern?

Wenn ich an die SPÖ denke, die ja den Antrag unterstützt, hoffe ich, dass der Hintergrund nicht jener ist, dass Sie sich in Zukunft neue Wählerschichten erwarten, die Sie lukrieren können. (*Zwischenruf des Abg. Drozda.*) Man weiß ja auch, dass Teile der SPÖ für ein generelles Ausländerwahlrecht auf allen Ebenen eintreten. Ich hoffe, das ist nicht Ihre Intention, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. – Abg.*

**Rosenkranz:** *Und wenn, dann sollen sie es bitte gleich sagen!*)

Wir müssen aber, um fair zu bleiben und die Dinge ordentlich anzusprechen, auch klar sagen, dass es mit Afghanen Probleme gibt wie mit kaum einer anderen Zuwanderungsgruppe in Österreich. Sie kennen die jüngsten Fälle: Vor wenigen Tagen, am 7. März, hat ein 23-jähriger Afghane in Wien-Leopoldstadt vier Personen niedergestochen, darunter eine dreiköpfige Familie. Dem 67-jährigen Vater wurde von diesem Zuwanderer ein Lungenstich versetzt, den er Gott sei Dank überlebt hat. Dem Vater mit dieser schweren Verletzung kann ich an dieser Stelle nur alles Gute für seine weitere Genesung wünschen. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Nehammer.*) Danach ist dieser Afghane auf Justizwachebeamte losgegangen. 2015 ist er mit dem Flüchtlingsstrom nach Österreich gekommen.

Am 13. März, dem Tag der Einbringung Ihres Antrags im Menschenrechtsausschuss, hat hier am Heldenplatz, wenige Meter von diesem Sitzungssaal entfernt, ein Afghane einen Polizisten, der im Auto gesessen ist, attackiert und versucht, ihn aus dem Auto zu zerren.

Vom AMS liegt ein interner Revisionsbericht vor, meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem von massiven Problemen vor allem auch mit Afghanen – neben Tschechen – die Rede ist, die Arbeitsunwilligkeit in hohem Maße zeigen, die hohe Gewaltbereitschaft gegenüber AMS-Mitarbeitern zeigen und sich durch Frauenfeindlichkeit in sehr, sehr hohem Maß auszeichnen. Darüber hinaus sind Zustände in Wiener Schulen bekannt geworden.

Selbstverständlich – damit dieser Vorwurf nicht kommt – sind nicht alle Afghanen kriminell; das behauptet niemand, das wäre auch absurd. Man muss aber feststellen, dass sehr, sehr viele Kriminelle in diesem Land Afghanen sind, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben es gehört, Abschiebungen nach Afghanistan passen nicht allen in diesem Haus, sie passen auch vielen NGOs und linken Vereinen nicht. Wir können froh sein, dass wir Herbert Kickl als Innenminister haben, der alles unternimmt, um so restriktiv wie möglich vorzugehen, und auch die Möglichkeit einer Anschlusshaft für straffällig gewordene Asylwerber nach der Verbüßung ihrer Haftstrafe prüfen wird. – Danke, Herr

Minister Kick! (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. – Abg. Rosenkranz: Bravo, Kick!!*)

Zum Abschluss: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, das Asylrecht ist ein individuelles Recht, bei dem der Einzelfall geprüft wird, auch vom von Ihnen kritisierten Sachverständigen. Jeder Asylwerber hat das Recht auf ein ordentliches Verfahren. Das ist auch sichergestellt in dieser Republik, und das ist auch gut so. Wenn der Asylgrund tatsächlich vorliegt, ist Asyl – verstanden als Schutz und Hilfe auf Zeit – auch zu gewähren. Wenn das nicht so ist, wenn es sich um einen Asylbetrüger handelt, der in unser Sozialsystem einwandern will, der hier straffällig wird, dann ist das Asylrecht eben nicht zu gewähren. (*Zwischenruf des Abg. Zinggl.*) Das ist die Rechtsstaatlichkeit, die Sie in Gefahr sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Zinggl, ein Asylbetrüger ist eine Person, die nicht verfolgt wird, die sich in unserem Sozialsystem in die Hängematte legen wird. Das ist ein Asylbetrüger – das zur Erklärung, weil Sie die Zwischenfrage gestellt haben. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Kolba und Zinggl.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist legitim, dass Sie sich um die Sicherheitslage in Afghanistan sorgen und sich damit beschäftigen. Das ist absolut legitim. Ich bin aber der Meinung, dass es die Aufgabe von uns als österreichischen Politikern, als gewählten Volksvertretern der Österreicher ist, in erster Linie für die Sicherheit der Österreicher zu sorgen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

18.29

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Petra Bayr. – Bitte.